Landkreis
Esslingen

Sitzungsvorlage

Nummer: 112a/2016
den 10.11.2016

Mitglieder des Kreistags
des Landkreises Esslingen

☒ Öffentlich
☐ Nichtöffentlich
☐ Nichtöffentlich bis zum Abschluss der Vorberatung

☐ KT
☐ VFA
☐ ATU
☐ ATU/BA
☐ SOA
☒ KSA 24. Nov. 2016
☐ JHA

Betreff: Haushaltsdebatte 2017
- Stellungnahmen der Verwaltung

Anlagen: -

Verfahrensgang:
☐ Einbringung zur späteren Beratung
☐ Vorberatung für den Kreistag
☒ Abschließender Beschluss im Ausschuss

BESCHLUSSANTRAG:

Der Kultur- und Schulausschuss entscheidet über die von den Fraktionen eingebrachten Anträge.

Auswirkungen auf den Haushalt:

Die Auswirkungen der Anträge der Fraktionen auf den Haushalt 2017 werden von der Verwaltung in der Sitzung bzw. in der Vorlage 112a/2016 erläutert.

Sachdarstellung:

Anlässlich der Haushaltsdebatte über den Kreishaushalt 2017 am 27. Oktober 2016 wurden folgende Anträge gestellt, die vom Kultur- und Schulausschuss in der Sitzung am 24. November 2016 beraten und vom Kreistag am 8. Dezember 2016 nur dann nochmals aufgegriffen werden, wenn die Fraktionen mit dem Ergebnis der Ausschussberatung nicht einverstanden sind.

1. Anträge der Fraktion Freie Wähler

1.1 Es wird beantragt, den Investitionsansatz für die Bodelschwinghschule im Jahr 2017 um 1,85 Mio. € zu kürzen und nur eine Planungsrate von 150 T € stehen zu lassen.

Stellungnahmen der Verwaltung

Die Bodelschwinghschule weist erhebliche Defizite im Bereich Brandschutz, Barrierefreiheit und Hygiene auf. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie sollen nun die konkreten Sanierungserfordernisse ermittelt sowie die Raumbedarfe erhoben werden. Die Ergebnisse stellen sodann eine Entscheidungsgrundlage dar, um die weitere Vorgehensweise festzulegen. Für die entsprechenden Untersuchungen hält die Verwaltung einen Ansatz von 150.000 EUR für ausreichend, so dass die Kürzung vorgenommen werden kann.

1.2 Es wird beantragt, einen Bericht über die Evaluation bei der Schulentwicklung im KSA vorzulegen.
Die Fortführung der Schulentwicklungsplanung auf der Grundlage der Mikrolösung ist für uns Freie Wähler eines der zentralen Themen in der Kreispolitik. Die fortgeschriebenen Schülerzahlen liegen sogar etwas über dem Landesdurchschnitt, was bedeutet, dass alle 3 Standorte im Landkreis weiterhin benötigt werden.
Wir erwarten eine Evaluation der Maßnahmen nach deren Abschluss und beantragen einen Bericht im KSA.

Stellungnahmen der Verwaltung

Nach dem Abschluss der Maßnahmen wird in Abstimmung mit den Schulleitungen die Schulentwicklung evaluiert. Der Evaluationsbericht wird anschließend im KSA vorgestellt.

1.3 Es wird beantragt, die Prüfung einer späteren Mitbenutzung der neuen Räumlichkeiten in der Albert-Schäffle-Schule durch die benachbarte Fritz-Ruoff-Schule zu prüfen.

Stellungnahmen der Verwaltung

Bei den Planungen des Ersatzbaus der Albert-Schäffle-Schule ist in großem Maße dem Campusgedanken Rechnung getragen worden. So wurden im Vorfeld der Erstellung der Funktionalausschreibung Abstimmungsgespräche mit dem Regierungspräsidium und den Schulen durchgeführt. Dadurch konnten optimale Synergieeffekte zwischen der Albert-Schäffle-Schule und der Fritz-Ruoff-Schule erzielt werden, welche die gemeinsame Nutzung von Räumlichkeiten vorsehen. Die Ergebnisse sind in das Raumprogramm eingearbeitet worden und stellen die Grundlage der Ausschreibung dar.

1.4 Es wird beantragt, einen Bericht über die finanziellen Auswirkungen durch die deutlich geringeren Anmeldezahlen bei der Ganztagesbetreuung am Rohräckerschulzentrum vorzulegen.

Stellungnahmen der Verwaltung

Wie in der vergangenen KT-Sitzung berichtet, werden derzeit die Personalakquise sowie die Gruppeneinteilung von den Familienentlastenden Diensten in Kooperation mit den Schulleitungen durchgeführt. Zudem wurde auf Basis der Anmeldezahlen inzwischen die Ausschreibung der Schülerbeförderungsleistungen gestartet. Da die Personalkosten den wesentlichen Anteil an den Gesamtkosten darstellen, können die konkreten finanziellen Auswirkungen erst nach Vorliegen der Gruppenanzahl beziffert werden. Ferner liegt derzeit noch kein Ergebnis der Ausschreibung der Schülerbeförderungsleistungen vor. Die Verwaltung wird daher im ersten Quartal 2017 einen Sachstandsbericht über den Verlauf des Projektes abgeben und hierbei auf die finanziellen Auswirkungen durch die geringeren Anmeldezahlen eingehen.

2. Anträge der SPD-Fraktion

2.1 Es wird angeregt, die Kunstsammlung des Landkreises durch weitere Veranstaltungen und Ausstellungsflächen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Landkreisverwaltung sucht dafür in Kooperation mit den Kommunen nach geeigneten Räumlichkeiten und prüft eventuell bestehendes Kooperationsinteresse.
Dem Kultur- und Schulausschuss ist hierzu im zweiten Quartal 2017 ein Bericht zu geben.

Stellungnahmen der Verwaltung

Teile der Kreiskunstsammlung wurden in der Vergangenheit an mehreren Orten im Landkreis Esslingen sowie in unseren Partnerkommunen in Israel und Polen gezeigt. Für das nächste Jahr ist die Ausstellung im Freilichtmuseum in Vorbereitung. Weiter wird im kommenden Jahr eine Antrittsausstellung der Stipendiaten in Plochingen vorbereitet, die ggf. in das 25-jährige Jubiläum des Kulturparks Dettinger in Plochingen eingebunden wird. Für die Jahre 2017 ff. werden zurzeit erste Überlegungen für Ausstellungskonzepte angestellt. Ungeachtet dessen wird die Verwaltung bei den Kommunen adäquate Ausstellungsmöglichkeiten und Kooperationsbereitschaft für Ausstellungen erfragen. Sobald diese Informationen der Verwaltung vorliegen, wird hierüber im Kultur- und Schulausschuss berichtet.

2.2 Es wird beantragt, zu prüfen, inwieweit im Rahmen des umfangreichen Kunst-Engagements des Landkreises Kunstprojekte oder Kooperationen mit Flüchtlingen ermöglicht werden können.

Stellungnahmen der Verwaltung

Im Integrationsrahmenplan des Landkreises wurden Arbeitsgruppen gebildet, die sich bei Bedarf mit dieser Frage befassen können.

2.3 Es wird beantragt, einen aktuellen Sachstandsbericht über den Standort und die Zeitplanung eines Ersatzbaus für die Sporthalle der Philipp-Matthäus-Hahn Schule in Nürtingen vorzulegen.

Stellungnahmen der Verwaltung

Entsprechend der im Kultur- und Schulausschuss am 30.06.2016 verabschiedeten Masterplanung 2016 ist die Erstellung einer Machbarkeitsstudie für den Neubau einer 2-/3-Feldhalle ab 2018 ff. vorgesehen. Die Standortuntersuchung und Terminplanung erfolgt im Rahmen der Erstellung der Machbarkeitsstudie.

2.4 Es wird beantragt, zu prüfen, ob statt einer Sanierung des U3-Baus im Berufsschulzentrum Kirchheim ein Neubau die wirtschaftlichere Variante ist. Dabei ist auf die Lebenszykluskosten sowie entsprechende Nutzungsvorteile der Varianten einzugehen. Ebenfalls sind eventuelle Zuschüsse für einen Neubau zu berücksichtigen.

Stellungnahmen der Verwaltung

Die Masterplanung 2016 sieht lediglich die sukzessive Fassadensanierung des Gebäudes U3 in den Jahren 2018-2020 vor. Eine Generalsanierung bzw. ein Neubau wird aufgrund des baulichen Zustandes derzeit für nicht erforderlich gehalten. Im Bereich Innenausbau (Teppichbodenaustausch, Einbau von LED-Leuchten, Malerarbeiten) sind die Räumlichkeiten, mit Ausnahme von ca. 30 % der Fläche, seit 2012 nach und nach modernisiert worden.

Im Bereich der Technischen Gebäudeausstattung entsprechen die Heizungs-, Lüftungs- und Elektroleitungen zwar nicht den heutigen technischen Anforderungen. Diese können allerdings nicht als einzelne Baumaßnahme für lediglich einen Gebäudeteil betrachtet werden. Es besteht die Notwendigkeit der Entwicklung eines ganzheitlichen Konzepts für sämtliche Gebäudeteile, da die Energieversorgung miteinander verknüpft ist. Dies erfolgt durch die Fortführung der lebenszykluskosten-basierenden Instandhaltungs- bzw. Objektstrategie im Rahmen des Masterplanes.

2.5 Es wird beantragt, zu prüfen, ob durch eine zentrale Stelle zur Koordination der Netzwerke und der Software-Infrastruktur der Berufsschulen Synergieeffekte entstehen könnten. Die Landkreisverwaltung gibt nach Absprache mit den Schulleitungen dem Kultur- und Schulausschuss im zweiten Quartal 2017 einen Sachstandsbericht über die aktuelle Netzwerk- und Softwareorganisation an den Berufsschulen. Mögliche Potenziale und Vorteile einer gemeinsamen Koordination sind darzustellen. Diesbezüglich ist insbesondere an das Kreismedienzentrum des Landkreises zu denken.

Stellungnahmen der Verwaltung

Die EDV-Angelegenheiten an den beruflichen Schulen werden bereits zentral über eine Person im Sachgebiet 521 „Kreisschulen“ koordiniert und gesteuert. Die Netzwerk- und Softwareorganisation wurde im Rahmen des Medienentwicklungsplanes untersucht und festgelegt. So wird der „1st Level Support“ (z.B. Allgemeine Wartungstätigkeiten) vor Ort durch die Medienbeauftragten der Schulen durchgeführt. Der „2nd Level Support“ (z.B. Hardwarereparatur, Netzwerkkonfiguration, Serverbetreuung und -wartung) wird zentral über das Sachgebiet 521 in Abstimmung mit den Schulen veranlasst. Hierzu werden geeignete Fachfirmen beauftragt.

2.6 Die Kreisinklusionsplanung des Landkreises Esslingen wird begrüßt. Es wird beantragt, einen Sachstandsbericht im zweiten Quartal 2017 über die bislang erfolgte Umsetzung und die ausgewählten Schulstandorte mit inklusivem Angebot für das Schuljahr 2017/18 zu geben.

Stellungnahmen der Verwaltung

Die Umsetzung inklusiver Beschulungsformen an den betreffenden Schulstandorten erfolgt unter der Federführung des Staatlichen Schulamtes. Das Staatliche Schulamt wird zu der KSA-Sitzung im 2. Quartal eingeladen und gebeten über den Sachstand zu referieren.

2.7 Es wird gebeten, dass die Landkreisverwaltung in Kooperation mit den Schulleitungen prüft, ob an den beruflichen Schulen des Landkreises der Bedarf besteht, die Öffnungszeiten der Berufsschul-Bibliotheken über die Mittagszeit bis ca. 16.00 Uhr zu erweitern.

Stellungnahmen der Verwaltung

In Kooperation mit den Schulleitungen wird der Bedarf für erweiterte Öffnungszeiten der Schulbibliotheken an den beruflichen Schulen erörtert und das Ergebnis anschließend im KSA vorgestellt.

2.8 Es wird beantragt, einen Sachstandsbericht über die Umsetzung der Beschulung von Flüchtlingen in den sogenannten VKL-Klassen vor Ort zu geben. Darüber hinaus wird berichtet, ob durch diese Maßnahme ein möglichst vollständiges Angebot für die Beschulung von Flüchtlingen erreicht werden konnte. Weiter wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob bei nachlassender Anzahl geflüchteter junger Menschen wieder eine Ausweitung der Beschulung von 20 auf 21 Jahre erfolgen könnte.

Stellungnahmen der Verwaltung

Die aktuellen Schülerzahlen im Bereich VABO werden in der Vorlage 116/2016 aufgezeigt. Ein ausführlicher Sachstandsbericht ist für die KSA-Sitzung im 2. Quartal 2017 geplant. Zu der Sitzung wird das Staatliche Schulamt eingeladen, um über die Entwicklungen der „VKL-Klassen in Kooperation“ zu berichten.

3. Anträge Fraktion Die Grüne

3.1 Es wird beantragt, dass die Landkreisverwaltung zeitnah über den aktuellen Stand der VABO-Klassen, Vorbereitungsklassen (VKL) in Kooperation und Jugendberufshilfe bzw. Integrations- und Sprachfördermaßnahmen anderer Träger für über 20-jährige Flüchtlinge berichtet.

Stellungnahmen der Verwaltung - vgl. 2.8

3.2 Es wird ein jährlich stattfindender Informationsaustausch zwischen den Schülermitverantwortungen der beruflichen Schulen und der Landkreisverwaltung beantragt.

Stellungnahmen der Verwaltung

Die Verwaltung nimmt die Anregung auf und wird die Schülermitverantwortungen der beruflichen Schulen im laufenden Schuljahr zu einem Informationsaustausch einladen.

4. Anträge der FDP-Fraktion

4.1 Es wird beantragt, einen Bericht zur Auswirkung der aktuellen landesweiten Stellenausstattung auf die Umsetzung der schulischen Inklusion im Landkreis zu geben.

Stellungnahmen der Verwaltung

Für die Auswirkungen landesweiter Stellenausstattungen ist das Land zuständig.

4.2 Es wird die Erstellung eines Konzepts zur Vernetzung des Freilichtmuseums Beuren mit den kommunalen Museen sowie zur Einbindung in die verschiedenen Tourismusprogramme im Landkreis beantragt.

Stellungnahmen der Verwaltung

Momentan findet ein enger Austausch zwischen der Tourismusförderung des Landkreis Esslingen und dem Freilichtmuseum in Beuren im Bereich des im Frühjahr 2016 begonnen Projektes "Ausbau des Freilichtmuseums Beuren zum Erlebnis- und Genusszentrum für traditionsreiche regionale Sorten und Lebensmittel" statt.
Das Freilichtmuseum kann mit dem Projekt u. a. seine Kernkompetenzen im von der Regio Stuttgart Marketing- und Tourismus GmbH definierten Themenfeld „Verführerisch – Kulinarik, Lifestyle und Events" herausstellen, sich als einzigartige Besonderheit der Tourismusregion Stuttgart positionieren und damit die touristische Attraktivität des Landkreis Esslingen und der gesamten Region steigern, denn bislang fehlt in der Tourismusregion Stuttgart eine Einrichtung, die die Geschichte und Bedeutung der in der Region „beheimateten" und identitätsstiftenden alten Sorten und traditionsreichen Lebensmittel vermittelt.
Die Tourismusförderung des Landkreis präsentiert sich seit vielen Jahren mit einem eigenen Stand auf der CMT, der größten Publikumsmesse für Tourismus und Freizeit, die jährlich im Januar auf der Stuttgarter Messe stattfindet. Seit der CMT 2015 präsentiert sich der Landkreis mit einem eigenen Stand im Bereich des Schwäbischen Alb Tourismus mit komplett neuem Standkonzept, unter dem Dach der Erlebniswelt AlbTrauf. In unmittelbarer Nachbarschaft zum Stand des Landkreis Esslingen, befindet sich neben der Panorama Therme Beuren sowie der Stadt Neuffen auch das Freilichtmuseum Beuren, um dem Messebesucher die Möglichkeit zu bieten, auf engstem Raum Informationen zu den touristischen Highlights im Landkreis Esslingen zu erhalten.

Das Freilichtmuseum plant derzeit in Zusammenarbeit mit der Tourismusförderung des Landkreises Esslingen die Durchführung einer Informationsveranstaltung für die hauptamtlich und ehrenamtlich geführten Museen im Kreis Esslingen. Diese Veranstaltung soll im Frühjahr im Freilichtmuseum Beuren durchgeführt werden, um den Austausch zwischen den Einrichtungen zu fördern. Außerdem ist geplant zukünftig auf der Homepage des Landkreises Esslingen alle hauptamtlich und ehrenamtlich geführten Museen des Kreises Esslingen vorzustellen, dies soll mithilfe einer digitalen Karte in Zusammenarbeit mit dem Vermessungsamt/Geoinformation des Landkreises Esslingen realisiert werden.

5. Antrag DIE REPUBLIKANER

5.1 Die Gruppe berichtet, dass eine Umfrage des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) ergeben hat, dass nur 51 % von 500 befragten Lehrern den gemeinsamen Unterricht von Behinderten und Nichtbehinderten als grundsätzlich sinnvoll ansehen. Innerhalb eines Jahres ist die Akzeptanz um 15 % zurückgegangen.

Als Grund wird angeführt, dass sich viele Lehrer aller Schularten den Herausforderungen nicht gewachsen fühlen und über unzureichende Aus- und Fortbildung und dem Fehlen von Fachpersonal klagen.
In der Präsentation des Staatlichen Schulamtes vom 30.06.2016 zur schulischen Kreisinklusionsplanung werden in erster Linie organisatorische Fragen behandelt.

Die Befassungskompetenz für diese bildungspolitischen Grundsatzfragen obliegt nicht dem Landkreis. Hierfür ist das Land zuständig.

Heinz Eininger
Landrat